Verantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil: C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes: J. Roeckner,
für den übrigen redakt. Theil: H. Schmiedehaus,
sämmtlich in Posen.
Verantwortlich für den Inseratentheil: O. Knorre in Posen.



Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Gust. Ad. Schleh, Hoflief., Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8, in Gnesen bei S. Chraplewski, in Meseritz bei Ph. Matthias, in Wreschen bei J. Jadesohn u. b. d. Inserat.-Annahmestellen von G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und „Invalidendank“.

Nr. 198.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 19. März.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1890.

Amtliches.

Berlin, 18. März. Der Kaiser hat dem Ober-Postkassenbuchhalter Eltschig in Leipzig bei seinem Scheiden aus dem Dienst den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Der König hat den Pfarrer Karl Eduard Wilhelm Soldan in Haina, Konsistorialbezirk Kassel, zum Metropolitan der lutherischen Pfarreiklasse Frankenberg ernannt.

Am Schullehrer-Seminar zu Köpenick ist der Privat-Präparandenlehrer Jenge aus Neu-Ruppin als Hülfslehrer angestellt worden.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

31. Sitzung vom 18. März, 11 Uhr.

Die zweite Berathung des Etats wird mit dem Kultusetat fortgesetzt.

Die Einnahmen werden debattelos bewilligt.

Bei Tit. 1 der dauernden Ausgaben „Minister“ führt

Abg. Rickert (dfr.) aus: Wir sind auf dem Gebiete der Schulverwaltung leider in einem ganz bedauerlichen Stillstand begriffen; Freunde der Schule behaupten sogar auf Grund ihrer Erfahrungen, daß es nicht mehr Stillstand, sondern Rückschritt sei. Nach dem, was der Herr Minister vor Jahren dem Hause mitgetheilt hat, haben wir erwartet, daß wenigstens ein Anfang gemacht würde, um das Ressort aus dem Gebiet bureaukratischer Willkür endlich in geregelte, gesetzliche Bahnen zu bringen. Gerade dieses wichtigste Gebiet, das der Schule, ist in vollkommener Gesetzlosigkeit. Alles ist der Disposition des Ministers überlassen. Wie lange soll dieser Umstand noch dauern? Die größte Gefahr ist damit verbunden. Wenn es nicht möglich ist, ein Unterrichtsgesetz, das seit Dezennien dem preußischen Volke verheißen ist, im Ganzen uns vorzulegen, dann sollten wenigstens einzelne Materien herausgehoben werden. Nun werden in einer ganz mechanischen Weise eine Anzahl von Millionen den Gemeinden zur Erleichterung der Schullasten zugeworfen. Aber an dem Gesammtbild wird damit nichts geändert; überfüllte Klassen, schlecht besoldete Lehrer, das Ganze ohne irgend welche gesetzliche Grundlage. Wohin soll das führen?

Neben dieser mangelhaften Volksschule geht einher eine Behandlung der Lehrer, die sie, wenn das so weiter geht, eines Theils ihrer staatsbürgerlichen Rechte verlustig macht. In einer Instruktion ger Magdeburger Regierung aus d. J. 1886 heißt es, daß eine Entsetzung der Lehrer auf disziplinarischem Wege erfolgen könne, u. a. wegen grober Pflichtverletzungen, wegen Verletzung der Amtsverschwiegenheit und — wegen feindseliger Parteinahme gegen die Staatsregierung. Ich frage: hat der Minister Kenntniß von dieser Instruktion? hat er die Veranlassung dazu gegeben? — und wenn das der Fall ist: was bedeutet feindselige Parteinahme gegen die Staatsregierung? In büreaukratischen Kreisen versteht man unter feindseliger Parteinahme gegen die Regierung einfach den Fall, wenn ein Lehrer seine Stimme für einen der Regierung nicht genehmen Kandidaten abgiebt. Soll denn dem Lehrer ein Recht vorenthalten werden, welches allen Staatsbürgern ohne Ausnahme zusteht?

Ein anderes, ebenso charakteristisches Symptom ist eine Verfügung der Regierung zu Köslin an die Kreisschulinspektoren, in welcher den Elementarlehrern, die die weitere Prüfung noch nicht bestanden haben oder noch nicht endgiltig angestellt sind, befohlen wird, zur Eheschließung die Genehmigung der Regierung nachzusuchen, und angedroht wird, daß für den Fall, daß sie ohne Genehmigung in den Stand der Ehe treten, die Entlassung aus dem Schuldienst in Erwägung gezogen werden soll. Diese Verfügung übersteigt jede zulässige Grenze. Eine derartige büreaukratische Ueberschreitung ist uns noch nicht vorgekommen. Eheschließung ist doch ein Gebiet, welches nur die einzelne Person angeht. Außerdem aber sind die Landlehrer vielfach gezwungen, sich früh zu verheirathen, weil sie in den Orten ohne Angehörige gar nicht leben und sich nicht in den vollen Besitz ihres dürftigen Einkommens setzen können. Ich frage: Hält die Regierung sich für befugt, derartig in die Rechtssphäre der Lehrer einzugreifen? Und weiter, will der Kultusminister Veranlassung nehmen, eine derartige Verfügung aufzuheben?

Ich beschränke mich vorläufig auf diese beiden Fälle. Ich glaube, alle Parteien haben ein Interesse daran, die Stellung kennen zu lernen, welche die Staatsregierung den Fällen gegenüber einnimmt.

Kultusminister Dr. v. Goßler: Die Verfügung der Kösliner Regierung habe ich Anweisung gegeben, aufzuheben. Es liegt lediglich ein Irrthum vor. In der Sache selbst konnte ja kein Zweifel sein, da die Regierungen nicht berechtigt sind, die Lehrer von der Verheirathung abzuhalten. Was erreicht werden sollte, war gewiß gut und ist auch wiederholt hier als berechtigt anerkannt worden. Einzelstehende Lehrer, wenn sie nicht durch eine Schwester oder Mutter oder nahe Anverwandte in ihrem Haushalte unterstützt werden, thun gut, wenn sie eine Ehe schließen, selbst wenn sie sich noch in jugendlichem Alter befinden. Es ist zu wünschen, daß der Volksschullehrer als solcher ein Vorbild für seine Schulkinder ist, und ein guter und gesegneter Ehestand ist dem deutschen Volke noch immer das Heiligste und Reinste. (Zustimmung). Anders steht aber die Sache mit denjenigen jungen Lehrern, die sich in sogenannten unverheiratheten Schulstellen befinden. Hier ist allerdings zu wünschen, daß sie nicht allzufrüh den Ehestand schließen. Sonst kommen die Lehrer erfahrungsmäßig stets in Konflikt mit den Gemeinden. Sie ziehen in sogenannte unverheirathete Wohnungen, die Zahl der Familienmitglieder wächst, und es beginnt der Kampf mit der Schulunterhaltungspflicht.

Was die andere Instruktion betrifft, so ist es erfreulich, daß der Herr Vorredner nur diesen einen Fall für die Behauptung der Beschränkung der politischen Rechte der Lehrer anzuführen weiß. Die Instruktion entspricht, wenn sie vor einem feindseligen Verhalten gegen die Regierung warnt, dem kaiserlichen Erlasse vom Jahre 1882, welcher die Erwartung ausspricht, daß die Beamten bei den Wahlen sich von der Agitation gegen die Regierung fernhalten. Wollen Sie einen Unterschied zwischen den Ausdrücken finden, so mögen Sie es thun. Die Regierung bestreitet, daß sie etwas anderes habe anordnen wollen, als das, was Se. Majestät verlangt hat, und es ist selbstverständlich, daß, wenn Se. Majestät eine Anordnung getroffen hat, die Beamten derselben zu folgen haben. Es wird übrigens beruhigend wirken, wenn ich mittheile, daß in diesem Fall nicht ein einziges Mal die Verfügung Anwendung gefunden hat. Daraus können Sie ersehen, daß bei den Lehrern und den Schulaufsichtsbehörden diese Anschauung volle Anerkennung gefunden hat.

Abg. Graf Kanitz (kons.): Ich möchte auf die mündliche Anfrage von Herrn Broemel über die Gehaltsaufbesserung der Beamten zurückkommen und der Auffassung entgegentreten, als ob ich in Bezug auf diese Aufbesserung eine andere Stellung einnehme, als Herr Broemel. Auch ich wünsche von ganzem Herzen, daß die Beamten eine Gehaltsaufbesserung bekommen; ich habe mich aber deshalb gegen Herrn Broemel und seine Partei gewandt, um zu konstatiren, daß dieselben die Vorschläge auf Erhöhung der Einnahmen sowohl bei der Eisenbahnverstaatlichung wie bei den Schutzzöllen und auch bei den reinen Finanzzöllen stets bekämpft haben.

Abg. Dr. Windthorst (Zentr.): Ich hatte ursprünglich die Absicht, bei diesem Titel die kirchenpolitische Lage des Landes zur Sprache zu bringen. Angesichts der Ungewißheit der Lage aber verzichte ich heute darauf, in diese Erörterungen einzutreten, und behalte mir dies zu einem anderen Titel des Etats oder bis zur dritten Berathung vor.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (frk.): Die letzten Arbeiterbewegungen haben die Nothwendigkeit klargelegt, neben anderen Mitteln auch die geistigen, erziehlichen Mittel mit in Betracht zu ziehen, also den Einfluß der Schule und Kirche. Dazu ist es aber nöthig, auf dem kirchlichen Gebiet Ruhe zu haben. Der eben beschlossene Kampf darf nicht erneuert werden. Die rechtliche Lage beider Kirchen ist zufriedenstellend, sie können ohne Zwang ihre ethischen Aufgaben erfüllen. Ein positives Zusammenleben zwischen Staat und Kirche ist sehr wohl möglich, wobei der Staat den berechtigten Wünschen und Interessen der Kirche entgegenkommen muß. Die Sperrgelder müssen der katholischen Kirche wieder zugeführt, für die evangelische Kirche die Stolgebühren endlich gesetzlich geregelt und unter Rücksichtnahme auf die Einkommenverhältnisse der Geistlichen abgelöst werden.

Auch auf anderen Gebieten soll der Staat die Kirche in Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen. Ich erinnere nur an die kirchlichen Nothstände, denen mit Staatsmitteln Abhilfe geschafft werden soll.

Ich wende mich den Schulen zu. Ueber die Entwickelung des Universitätswesens sind wir befriedigt. Nicht aber über die Entwickelung unseres höheren Schulwesens. Hier thut eine eingreifende Reform Noth. In die gelehrten Stände drängen sich Elemente aus Berufen ein, die nur das geistige Niveau der Bildung herunterdrücken. Solche Elemente müssen fern gehalten werden. Hauptaufgabe der höheren Schulen ist, wie es in dem kaiserlichen Erlaß über den Kadettenunterricht heißt, die Entwickelung des Charakters in der Richtung der religiös-sittlichen, der wissenschaftlichen und der körperlichen Ausbildung. (Sehr wahr! rechts.) Unsere Gymnasien schleppen noch zu viel humanistischen Ballast mit. Der Vorschläge zur Remedur sind Legion. Aus der Fülle der Details müssen mit reformatorischem Sinne diejenigen Einzelheiten herausgegriffen werden, welche sich in der Richtung des Erlasses an das Kadettenkorps bewegen. Die Grundlagen des preußischen Schulwesens im Sinne des Antrages Windthorst dürfen nicht geändert werden. Nicht Rückschraubung der preußischen Schulen müssen wir fordern, sondern Ausbau auf den bisherigen Grundlagen. Die Schuleinrichtungen müssen verbessert werden. Neue Lehrerstellen und mehr Schulen müssen gegründet, das Reliktenwesen und die Alterszulagen weiter geregelt und das Gehalt der Volksschullehrer erhöht werden. Vor allem aber bedürfen wir ein Schuldotationsgesetz. (Hört! hört! links.) Alle Kräfte des Kommunalsteuerwesens müssen gleichmäßig zur Tragung der Schullasten herangezogen werden. Ein Hinderniß für dieses dringliche Gesetz würden für die Freunde der preußischen Schule die Bestrebungen des Abg. Windthorst sein. Hätten diese Aussicht auf Erfolg, dann würden wir für ein Schuldotationsgesetz nicht zu haben sein. Die konservative Partei hat rund und klar ihre Absage zu dem Antrag Windthorst neulich durch den Abg. Grafen Limburg erklärt. Dafür müssen wir ihm dankbar sein. (Beifall rechts und bei den Natidnalliberalen.) Für uns mag der Grundsatz auf dem Gebiete der Schule gelten: Nicht rückwärts, nein vorwärts! (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Reichensperger (auf der Tribüne schwer verständlich): Auch wir wollen Frieden auf dem Gebiete der Kirche. Und doch wird gerade jetzt Hader zwischen den Konfessionen geschürt. Mit Rücksicht auf die von unten aufsteigenden religiösen Strömungen müßten alle Verhetzungen aufhören. (Sehr wahr! im Zentrum.) Die Katholiken zwar beschäftigen sich in ihren Versammlungen mit ihren eigenen Angelegenheiten ohne Polemik, aber in protestantischen Versammlungen ertönt fortwährend die Parole: Kampf gegen Rom! (Sehr wahr! im Zentrum.) Unser Glaube und unsere Lehre werden verhöhnt. Der Kultusminister sollte Anlaß nehmen, in diese aufgeregten Fluthen Oel zu gießen. Solche Anfeindungen können nur dem Unglauben nützen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Um den Frieden herzustellen und der katholischen Kirche in ihren berechtigten Wünschen entgegenzukommen, ist eine Revision des Kirchengemeindegesetzes von 1876 nothwendig. Auch dem katholischen Pfarrer muß der Vorsitz in den Gemeindesitzungen voll eingeräumt werden. Weiter muß die Bestimmung des katholischen Gemeindegesetzes geändert werden, daß die Eingesessenen bereits mit 21 Jahren wahlberechtigt sind, während die evangelischen Eingesessenen erst mit 24 Jahren das Wahlrecht ausüben dürfen. Wir erblicken in den Bestimmungen des katholischen Gemeindegesetzes eine destruktive Tendenz. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Schließlich möchte ich an den Minister folgende Anfrage richten. Er hat 1888 ausgeführt, daß die Regierung verpflichtet sei, in den reichsländischen Gemeinden bei wachsendem Bedürfnisse in evangelischen Gemeinden neue Pfarreien zu errichten, in katholischen Gemeinden aber nicht. Wie ist das ernstlich begründet? Wir halten es nicht für begründet, meine aber, daß, was Recht ist, Recht bleiben muß. (Beifall im Zentrum.)

Minister Dr. von Goßler: Die letzte Angelegenheit ist in der Erwägung begriffen und geht einer Entscheidung im Sinne des Vorredners entgegen.

Das katholische Kirchenvermögensgesetz ist mit Absicht auf die Regelung der äußeren Angelegenheiten der katholischen Kirche beschränkt worden, nur um nicht in die neueren Verhältnisse einzugreifen. Daraus erklären sich viele Klagen über die Handhabung des Gesetzes, auch in Betreff der Uebertragung des Vorsitzes an den Pfarrer. Die katholischen Kirchenvorstände wünschen in den äußeren Vermögensverwaltungssachen gar nicht den Pfarrer als Vorsitzenden, der sich hier mit dem Ehrensitz zur Rechten begnügen kann.

Mit den Ausführungen des Abg. v. Zedlitz in Betreff der Aufgaben der Kirche und Schule im Kampf gegen Umsturzbestrebungen bin ich völlig einverstanden.

Alle Kräfte müssen konzentrisch gegen den gemeinsamen Feind wirken. Meiner Aufgabe in dieser Beziehung bin ich mir bewußt, und meine Vorschläge zur Bekämpfung der perversiven Tendenzen, die ich den evangelischen Kirchen gemacht habe, haben den Beifall Seiner Majestät gefunden. Auch die katholischen Kirchenbehörden lenken ihre Aufmerksamkeit auf diese Frage. Ich erinnere an das Eintreten des Fürstbischofs von Breslau in Beziehung auf die Arbeitervereine. Auf dem Gebiete der höheren Schulen erschien mir als erstes Hinderniß von Reformen das Berechtigungswesen. Verhandlungen mit dem Kriegsminister haben nun die sichere Möglichkeit gewährt, daß das ganze einjährig-freiwillige Berechtigungswesen aus der ganzen Behandlung der organisatorischen Fragen ausscheidet. (Hört, hört! links.) Die Grundsätze, die wir befolgen, sind diejenigen, welche Se. Majestät durch eine Allerhöchste Ordre vom 1. Mai an das Staatsministerium hat gelangen lassen. Einen Widerhall finden Sie in dem Erlaß an das Kadettenkorps. Es nähert sich der Zeitpunkt, daß nun auch für das Volksschulwesen diejenigen Bestimmungen hinzukommen werden, welche den Allerhöchsten Intentionen entsprechen. Auf die ethisch-sittliche Bedeutung des Religionsunterrichts wird der Schwerpunkt gelegt werden. Der sittlich-religiöse Grund muß sicher und fest gelegt werden, denn für den guten Christen existirt die Sozialdemokratie nicht (Sehr wahr! rechts). Dementsprechend werden die Lehrpläne ausgestaltet werden. Die Unterrichtsverwaltung ist unter Harmonie aller Mitglieder des Staatsministeriums in voller Arbeit begriffen (Beifall). Nach Wegfall des Einjährig-Freiwilligen-Wesens werden wir zum ersten Mal in der Lage sein, neue Lehrpläne für höhere Schulen aufzustellen. Wenn ich auch prinzipiell nur diejenigen Schüler in die Gymnasien aufgenommen wissen will, welche das ganze Gymnasium durchmachen wollen, so wird praktisch gleichwohl ein Abschnitt gefunden werden müssen als ein gewisser Abschluß der Bildung. Derselbe wäre etwa mit der Untersekunda zu finden. Se. Maj. haben auch meinen Vorschlag zu genehmigen geruht, daß, nachdem auf dem Wege der Literatur eine Klärung der Schulfragen nicht erzielt ist, die Schulmänner und die größten Gegner auf einer gemeinsamen Enquete-Versammlung sich vereinigen sollen, um in dem lebhaften Kampf der Parteien gewisse einheitliche Linien zu finden, die bei der jetzigen Rage und Verwilderung nicht gefunden werden können. Das größte Unglück in Schulfragen ist Ueberstürzung; besser ist schon eine gewisse Stagnation. Unsere Verwaltung zeichnet sich durch stetigen Fluß aus.

Die klassische Bildung mit den Idealen der griechischen und römischen Welt wird die Grundlage des höheren Unterrichts bleiben müssen. Hinzutreten aber muß die christlich-sittliche Bildung. (Beifall.) Erfreulicherweise sprechen sich die Berichte der Revisionsbehörden lobend aus über die zunehmende lebendige Auffassung des Christenthums, die durch einen methodischen Religionsunterricht bewirkt wird. Auf eine zweckmäßige Form neben korrektem Inhalt lege ich großen Werth. Es wird meine Fürsorge sein, durch Prüfungsordnungen und bessere Methodik ein lebendiges Christenthum zu fördern. Die hier gesprochenen Worte finden bei mir lebendigen Widerhall, und ich bin stolz darauf, daß Kirche und Schule hohe Aufgaben bei den heutigen Wirrnissen zu lösen haben, und ich würde glücklich sein, wenn man später wird sagen können, diese großen nnd wichtigen Faktoren des geistlichen Lebens haben ihre Schuldigkeit gethan. (Beifall rechts.)

Abg. Stöcker (kons.): Woher kommt es, daß in Deutschland die Partei des sozialen Umsturzes so viele Anhänger in Stadt und Land findet? Der bittere und vergiftende Hader der Konfessionen ist der eine, die Halbbildung der andere, das Verwüsten des Lebens durch die verhängnißvolle Presse ist der dritte Grund. Alle drei wirken zusammen, den Einfluß der Kirche zu mindern und das Volk religionslos zu machen. Die mangelnde Seelsorge in den großen Städten und Industriecentren wirkt zur Verwahrlosung der Volksmassen. Hier muß viel mehr Energie von der Saatsregierung angewandt werden. Worte sind genug gewechselt, wir müssen endlich Thaten sehen. (Zustimmung rechts.) Zwar hat die Kaiserin die Sache in ihre starke Hand genommen, aber auch die Staatsbehörden müssen mehr als Wohlwollen beitragen. Denn der Staat hat hier eine große Verantwortung zu tragen. Wir vermissen in der evangelischen Kirche rücksichtsvolle und freundliche Behandlung. Die evangelischen Kirchenbehörden werden bei einschneidenden Gesetzen gar nicht gefragt. Wir haben noch keine Erleichterung des früheren liberalen Systems Falk erfahren trotz aller Resolutionen der Generalsynoden. Hier muß Aenderung eintreten. Auf dem Schulgebiet erfüllt mich der in Aussicht stehende Wegfall des Berechtigungswesens mit Befriedigung. Halbbildung muß überall wegfallen. In der Volksschule muß durch den Religionsunterricht die feste Grundlage für den Glauben gelassen werden durch einheitlichen Unterricht. Wir haben keine objektive Wahrheit mehr in unserem Volksleben. (Sehr wahr! rechts.) Diese objektiven Wahrheiten muß der Religionsunterricht schaffen. (Zustimmung rechts.) Für die antike Bildung in den höheren Schulen muß die religiös-sittliche Bildung durch christlich-nationale Literatur ein Gegengewicht geben. (Sehr wahr! rechts.)

Wir leben in einer Zeit des auflodernden konfessionellen Streites. Die Schuld liegt nicht an der evangelischen Kirche. Auch von Katholiken sind grobe Beleidigungen gegen unsere Kirche geschleudert worden. Herr Windthorst hat auf einer Versammlung gesagt: Der Papst regiert die Welt! Das muß uns verstimmen. (Sehr wahr! rechts.) Die Reformation wird von der katholischen Presse, Lehre, Literatur als Revolution hingestellt. Das ist eine fasche Auffassung, die wir mit Entrüstung zurückweisen. (Beifall rechts). Im Gegentheil, wir sind Ihnen an Toleranz und Anerkennung, gerade in Bezug auf den Papst, hundertfach überlegen. (Widerspruch im Zentrum). Es ist nicht so, daß wir die Schürer unde Si die Lämmer seien. Die Ursache der Erbitterung liegt in der katholischen Kirche, in Ihren Dogmen. Denken Sie doch nur an die letzte Schrift von Herrn Majunke, die Luther des Selbstmordes zeiht. Demgegenüber darf man nicht einfach sich mit dem Nichtwissen entschuldigen. Verschuldungen liegen auf beiden Seiten vor. Aber auf beiden Seiten sollte man nach Versöhnung streben. Denn steigt der kirchliche Hader in demselben Maße, wie überall die dunklen Gewalten zunehmen, so fürchte ich allerdings für die deutsche Nation. Aber ich will nicht fürchten, sondern ich hege die Hoffnung, daß wir auf den Grundlagen der Kirche das nationale Volksleben von Neuem erwecken werden. Darin wird unsere Rettung liegen. (Beifall rechts.)

Abg. Bachem (C.): Uns ist jede Verständigung der Evangelischen unter sich recht, wenn sie nur nicht die katholische Kirche in ihrer Entwickelung hindern wollen. Wir verlangen vom Staate weit weniger wie die evangelische Kirche, wir bestreiten die Seelsorge ganz aus eigenen Mitteln. Der Streit zwischen den beiden Kirchen wird ja keinesfalls rein akademisch ohne jede Schärfe auszufechten sein, dazu wollen wir uns auch nicht verstehen, das wird auch Herr Stöcker nicht wollen. Aber was uns verletzt, ist das aufhetzende, den sozialen Frieden störende Vorgehen der Evangelischen gegen uns. Wir wollen, daß der Streit sich immer in Formen bewegt, die der Situation angemessen sind. Der Ausspruch „der Papst regiert die Welt", kann unmöglich das evangelische Bewußtsein verletzen. Die Protestanten sind weit schärfer gegen die Katholiken vorgegangen.

In dem katholischen Kirchenvermögensgesetz soll allerdings nicht das innere Leben der Kirche reglementirt werden, aber doch lassen praktische Bedenken die Revision unumgänglich erscheinen. Einzelbedingungen tragen die kulturkämpferische Tendenz, das katholische Kirchenvermögen zu säkularisiren und zu demokratisiren. (Sehr wahr! im Centrum.) In kleinen Gemeinden besteht ein förmliches Parlament für die bloße Vermögensverwaltung aus einem Zweikammersystem, Kirchenvorstand und Gemeinde, auf Grund eines komplizirten Wahlsystems gewählt. Je zahlreicher die Verwaltungsbehörde, desto geringer ist die Verantwortlichkeit des einzelnen. Aber gerade in Vermögenssachen muß der einzelne möglichst viel Verantwortung tragen. Auch viele andere Einzelbestimmungen sind verfehlt. Dem Pfarrer muß vor allem der Vorsitz im Kirchenvorstand gegeben werden. Wir selbst können keinen Gesetzentwurf vorlegen, sondern müssen das der Initiative der Regierung überlassen. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Eynern (nl.): Von der durch Herrn Windthorst stets proklamirten angeblichen Unterdrückung der katholischen Kirche kann keine Rede sein angesichts der Thatsache, daß zu der Arbeiterkonferenz ein katholischer Geistlicher berufen ist, ein evangelischer nicht. Und doch sind die evangelischen Geistlichen auf sozialpolitischem Gebiet aufrichtig vorangeschritten (Sehr wahr! bei den Nationall.) und hätten zu der Konferenz zugezogen werden sollen (Zustimmung rechts). Herr Stöcker hat zum Frieden zwischen den Parteien gemahnt. Er sollte sich die Bibelstelle von dem Splitter und dem Balken im Auge noch einmal durchlesen. Das Stöckerblatt „Volk" verhöhnt die Nationalliberalen in schlimmster Weise. Herr Stöcker sollte seinen Einfluß auf diese Blätter zum Frieden ausüben (Abg. Stöcker: Ich habe nicht die geringste Einwirkung). Die protestantische Bevölkerung ist durch arrogante Angriffe auf den protestantischen Glauben, durch Anmaßungen, wie das Wort Windthorst's: „der Papst regiert die Welt", durch den päpstlichen Brief an Kaiser Wilhelm I., in die Vertheidigungsstellung gezwungen worden. Ich könnte eine Blüthenlese der schmählichsten und schändlichsten Angriffe auf die evangelische Kirche z. B. aus dem Hamburger Brief des Jahres 1882, aus dem „Paulinusblatt" des Herrn Dasbach anführen, schauderhafte Worte (Lachen im Centrum), welche die protestantische Bevölkerung in wilde Aufregung bringen müssen (sehr wahr! bei den Nationall.). Die revolutionären Strömungen, auf welche hingewiesen worden ist, entstehen übrigens fast nur in katholischen Ländern, in protestantischen Ländern sehr wenig.

In der Schulfrage stehen wir ganz auf dem Standpunkte, den Herr v. Zedlitz vertreten hat. Auch dem Schuldotationsgesetz werden wir, von welcher Seite es auch kommt, zustimmen. Aus den Erklärungen der konservativen Partei hierzu konstatiren wir freudig eine Erneuerung des Kartells auf diesem Gebiete. Wir hoffen, daß die Thatenlosigkeit und Unentschlossenheit der Regierung auf dem Gebiete der Schulgesetzgebung Angesichts der Lage und Angesichts der großen Mehrheit im Abgeordnetenhause aufhören wird. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Stablewski (Pole): Es ist eine traurige Thatsache, daß wir auch in religiöser Beziehung immer noch außerhalb des allgemeinen Rechtszustandes sind. Sollen die religiös-sittlichen Kräfte geweckt werden, so muß vor allem doch die Religion in der Muttersprache gelehrt werden. Ernstliche Beschwerden haben wir auch zu führen über die Handhabung des Einspruchsrechts seitens der Regierung. Ohne jeden Grund wird gegen die Anstellung von Pfarrern Einspruch erhoben, ja es hieß sogar in einem Falle, der Einspruch sei darum erfolgt, weil die Reichstagswahlen schlecht ausgefallen seien. Besonders charakteristisch sind zwei mir genauer bekannte Fälle. Gegen die Versetzung eines Pfarrers Wartenberg auf eine bessere Stelle wurde Einspruch erhoben, weil er vor 35 Jahren einer Gymnasiastenverbindung mit polnisch-nationalen Tendenzen angehört, und vor 28 Jahren eine polnisch nationale Gesinnung zur Schau getragen habe.

Der zweite Fall betrifft das Mitglied des Hauses Dr. von Jazdzewski. Einspruch ist gegen ihn erhoben worden wegen einer 1873 gehaltenen politischen Rede, derentwegen er zwar angeklagt, aber freigesprochen worden ist, ein andermal wegen Beitritt zu einem ganz unpolitischen Verein für Förderung der lernenden Jugend und wegen seiner parlamentarischen Thätigkeit. Die letzte üben wir doch aus auf Grund der von uns beschworenen Verfassung, daraus kann uns kein Vorwurf gemacht, und wir können nicht in Rechenschaft dafür gezogen werden. Das wäre wider die Verfassung.

Minister v. Goßler: Ich habe noch nachzutragen, daß die Sperrfondsangelegenheit demnächst im Hause auf Grund einer Vorlage zur Sprache kommen wird.

Wie kommt der Vorredner dazu, hier Mittheilungen zu geben über Schriftstücke, welche zwischen dem Oberpräsidenten und dem Erzbischof über Disziplinarfragen gewechselt worden? Herr v. Jazdzewski kann doch nicht behaupten, daß die Polen nicht in einer Gegend, wo die Deutschen und Polen zusammenstoßen. Aus diesen Flämmchen wird es Ihnen nicht gelingen, einen Brand zu entzünden, denn wir stehen zu den katholischen Kirchenbehörden auf einem festen Boden. Einspruchsfälle sind nur fünf vorgekommen, auf deren Verhandlung vor einer politischen Versammlung ich nicht eingehen kann. (Beifall rechts.)

Abg. Cremer (wildkons.) führt aus, daß eine Konfession ihrem Wesen nach tolerant gegen die andere sein könne. Deshalb muß der Staat zwischen ihnen stehen. Betont werden müsse, was die Christen eint, und vergessen, was sie trennt. Das gelte auch für die Presse. Redner ereifert sich darüber, daß die Presse von Elementen bedient werde, die ihren Beruf verfehlt hätten und nun über Dinge schrieben, von denen sie nichts verständen.

Daß die Polen für ihre Nationalität agitirten, könne ihnen kein Mensch verdenken, aber sie müßten jetzt büßen, was ihre Vorfahren gesündigt hätten. Manches Unangenehme der Polenagitation erkläre sich aus der Verquickung des Katholizismus und des Polonismus. Er freue sich, daß Herr Stöcker zum Frieden gerathen habe, und erinnere ihn daran, daß er einst in die christlichsoziale Partei nicht habe eintreten wollen, weil diese die Ablagerungsstätte aller Angriffe gegen den Katholizismus gewesen sei.

Abg. Dr. Windthorst (C.): Um Mißverständnissen über unsere Stellung vorzubeugen, will ich einige Punkte der Debatte beantworten. Das Wichtigste waren mir die Ausführungen des Abg. v. Stablewski über die Einsprüche. Der Minister gab zur Antwort, daß er hier auf einem festen Boden mit dem heiligen Stuhl stehe. Diesen Boden sollte er offiziell uns vorlegen, damit wir sehen, ob und darnach gehandelt wird. Die heute angegebenen Einspruchsfälle sind nicht derartig, daß auf Grund der vorliegenden Thatsachen Einspruch erhoben werden durfte. Hier ist die freie Bewegung des Klerus nicht gewahrt, und wir hätten Veranlassung, wenn die Fälle sich mehren, die Einspruchsfälle wieder aufzuheben. Ein Erlaß des h. Stuhls, daß gegen Geistliche wegen ihrer bürgerlichen Thätigkeit Einspruch erhoben werden kann, liegt meines Wissens nicht vor. Sollten geheime Abmachungen über die Geistlichen in Posen getroffen sein, so sollte ich darüber nicht im Dunkeln gelassen werden.

Die Revision des Kirchenvermögensgesetzes habe ich bereits früher verlangt, denn seine Konstruktion greift tief in die Verhältnisse der Kirche zu deren Schaden ein. Die Fassung ist damals nicht deshalb gewählt worden, weil man sich von Eingriffen in die innere Verwaltung enthalten wollte, sondern weil man altkatholische Elemente in den Kirchenvorstand wollte. Das ist glücklicherweise nicht gelungen.

Die Ausführungen des Abg. Stöcker über die Nothwendigkeit sittlich-religiöser Einwirkungen auf die Jugend haben meinen Beifall, nicht aber, was er über die konfessionelle Polemik sagte. Wissenschaftliche Polemik ist nothwendig, die Polemik in Versammlungen sind Nachwehen des Kulturkampfes. Friede wird nicht eher sein als bis die Reste des Kulturkampfes beseitigt sind, ehe wir nicht den status quo ante des Jahres 1871 erreicht haben. So lange ein solcher Wandel nicht geschaffen ist, und die katholische Kirche nicht freie Bewegung hat, ist ein Zusammenwirken beider Konfessionen nicht möglich. Daß der Papst die Welt regiert, wie ich gesagt habe, ist eine Ansicht und eine Ansicht kann keinen beleidigen. (Lachen rechts.) Die Zeit ist nicht dazu angethan, konfessionelle Polemik zu führen und die Herren Thümmel und Genossen müssen zur Raison gebracht werden. Wir müssen uns zusammenschließen, um die destruktiven Elemente zu überwinden, und die liegen nicht bloß bei der Sozialdemokratie, sondern auch an Stellen, die sich hoher Protektion rühmen. Ich werde mit dem Kultusminister und seinen Räthen darüber noch ernst reden, ich halte ihn bis dahin fest. (Beifall im Zentrum.)

Minister v. Goßler: Ueber die Frage des Einspruchsrechts kann ich ja dem Hause die Erörterung nicht verwehren. Nur halte ich es nicht für nützlich, diesen rein kirchlichen Gegenstand hier zu besprechen. Ich habe mein Material nicht hier. Jedenfalls kann ich mir nicht denken, daß der Herr Erzbischof das, was mit ihm erörtert ist, dem Generalvikariat hat zugänglich machen können, mit dem ausdrücklichen Zweck der weiteren Mittheilung. — Daß ich die Verhandlungen der preußischen Regierung mit dem heiligen Stuhl hier mittheile, ist nicht zu verlangen. Ein einzelner Minister ist doch nicht berechtigt, über Dinge, welche als Staatsgeheimniß behandelt werden, sich hier zu äußern. Außer den schon zugestandenen fünf Fällen ist regierungsseitig kein Einspruch erhoben worden. Das Ministerium war einig darüber, daß nur in den polnischen Landestheilen davon Gebrauch gemacht werden sollte; überall sonst wurde der Oberpräsident nur angewiesen, sich mit dem betreffenden Bischof über die Besetzung der Stellen zu „unterhalten". Die Interessen des Staates und der katholischen Kirche laufen doch vielfach zusammen und es kann den Bischöfen wie den Oberpräsidenten gegenseitige Aufklärung über einen Geistlichen nur angenehm sein.

Abg. Stöcker bemerkt, daß er mit der Redaktion des „Volk" nichts zu thun habe. Für konfessionelle Polemik sei Volksversammlung und Presse ungeeignet. Die katholische Kirche stehe in Streitfragen besser als die evangelische Kirche, weil sie den Beichtstuhl und ein autoritatives Oberhaupt habe. Konfessioneller Friede sei wohl möglich, wie jetzt zwischen den früher sehr verfeindeten Lutheranern und Reformirten. Daß der Papst die Welt regiere, könne er nicht anerkennen, die päpstliche Autorität herrsche nicht einmal in Rom. (Beifall rechts.)

Hierauf wird die Diskussion geschlossen.

Persönlich bemerkt

Abg. Dasbach, daß allerdings in den „Paulinusblättern" ein die Evangelischen verletzender Artikel enthalten war, aber ohne seine Schuld, während er auf Reisen war. Er habe den Mitarbeiter deswegen entlassen.

Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pole) bemerkt, daß er das Material über den gegen ihn erhobenen Einspruch seinen Freunden mitgetheilt habe, weil ihm eine Pflicht zur Diskretion nicht auferlegt sei.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels.

Hierauf vertagt das Haus die Fortsetzung der Berathung auf Mittwoch 11 Uhr,

Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

△ **Berlin,** 18. März. Noch jetzt erhält sich die Behauptung, daß der Kaiser das Entlassungsgesuch des Fürsten Bismarck bisher nicht genehmigt habe. Verhält es sich so, dann kann es sich aber doch nur um einen Aufschub von Stunden handeln. Nichts ist gewisser, als daß die Krise mit dem vollständigen Rücktritt des Reichskanzlers endigen wird, wenn sie nicht schon damit geendigt hat. Gewichtige Einflüsse, so von Seiten des Großherzogs von Baden und des Herzogs von Koburg, haben sich zu Gunsten eines Ausgleichs geltend gemacht, indessen vergeblich. Der Kaiser selbst hat in dem einstündigen Gespräch, welches er gestern nach Schluß des Ministerraths mit dem Fürsten Bismarck in dessen Palais hatte, versucht, den Kanzler zur Zurücknahme seines Schrittes zu bewegen. Auch dies ist umsonst gewesen. Das Gefühl, mit welchem das große Ereigniß in Regierungskreisen aufgenommen wird, läßt sich nicht anders als mit dem Worte „Bestürzung" bezeichnen. So wichtig die Meinungsverschiedenheiten waren, so hatte man doch nicht vermuthet, daß die Entscheidung so schnell und gerade in einem solchen Zeitpunkt erfolgen werde, daß der Kanzler mitten in den Berathungen der Sozialkonferenz und vor dem Zusammentritt des Reichstags gehen werde. Wie plötzlich die Entscheidung gekommen ist, wird durch nichts besser beleuchtet als durch die Rathlosigkeit, die unter den Ministern und den hohen Reichsbeamten herrscht. Zwar wird versichert, daß ein Systemwechsel nicht beabsichtigt sei, aber der ganze Verlauf der Bismarckfrage ist der stärkste Beweis dafür, daß in der That von einem Systemwechsel gesprochen werden muß. Die meisten unserer Minister sehen sich nun freilich so sehr als bloße Beamtenminister an

Kleines Feuilleton.

* **Der Mann, der von seinem Bart lebt.** Das Betteln ist sicher eine Kunst wie so viele andere und hat mit diesen die Eigenschaft gemein, daß es nur dann nicht zu den brotlosen Künsten zu rechnen ist, wenn es mit der erforderlichen Genialität betrieben wird. Die Handlanger und Farbenklecksег in dem Anrufen der menschlichen Wohlthätigkeit bringen es heutzutage bei den gesteigerten Anforderungen auch auf diesem Gebiete kaum zu einem Nachtquartier in irgend einem Thorwinkel; die Meister und Erfinder dagegen können auf Kosten derjenigen, die nicht alle werden, wie Gott in Frankreich leben. Auf solchen Erfolg hat jener Bettler eine gegrüudete Aussicht, der einen Reporter der Newyork Times in Newyork um ein Almosen ersuchte, obwohl ihn sein Aeußeres eher in die Klasse derjenigen versetzte, die zur Einkommensteuer nach deutschen Begriffen herangezogen zu werden pflegen. Er hatte ein gewinnendes Gesicht, war jung, kräftig gebaut und außergewöhnlich gut gekleidet. Das Auffallendste an ihm war jedoch ein mehr als starker, struppiger Bartansatz, der durch seine abschreckend rothe Farbe sofort in die Augen fiel. Er war noch nicht weit genug vorgeschritten, als daß man schon von einem Backenbart hätte reden können, aber doch ausreichend, um dem Träger ein etwas herabgekommenes und halb wildes Aussehen zu geben. Der Fremde näherte sich dem Reporter in einer bescheidenen, aber nicht unterwürfigen Weise, lüftete seinen Hut und sagte: „Verzeihung, darf ich Sie für eine Minute aufhalten? Ich bin hier fremd und vor drei Tagen von Exeter angekommen, um mir eine Stellung zu suchen. Unglücklicherweise habe ich meine Brieftasche, in der mein gesammtes Geld enthalten war, verloren. Deshalb muß ich in dieser frühen Morgenstunde in den Straßen herumwandern. Ich bringe es nicht fertig, zu betteln, aber (und hierbei ließ er seine Hand an dem unrasirten Kinne entlang streichen), ich bin in einer sehr schlimmen Lage. Um 8 Uhr habe ich mich dem Besitzer eines Geschäfts vorzustellen, der mir eine Stelle als Buchhalter zugesagt hat. Ich werde aber meine Chancen verlieren, wenn ich in diesem Zustande vor meinen künftigen Prinzipal trete. Würden Sie mir nicht 15 Cents leihen, damit ich mich rasiren lassen kann?" Neun von zehn würden dem Manne die erbetene Summe oder noch mehr gegeben haben, aber der Reporter, der da den Grundsatz befolgt, daß Dinge und Personen selten das sind, was sie zu sein scheinen, schöpfte Argwohn und fragte den Bittsteller daher, ob er etwa auch hungrig sei. Auf die bejahende Antwort lud er den Fuchsbärtigen in eine nahe Kneipe ein, wo dieser sich als ein wirklich annehmbarer, unterhaltender und in seinen Manieren durchaus wohlerzogener Gesellschafter entpuppte. Nach aufgehobener Tafel thaute er bald auf. Der Reporter gestand ihm jetzt freimüthig, aber doch halb beschämt, daß er seine Leidensgeschichte für den Kunstgriff eines gewöhnlichen oder besser ungewöhnlichen Bettlers gehalten habe. Mit einem herzlichen Lachen und ohne jede Spur von Verletztheit gab der Fremde dies zu und machte auf weitere Fragen bereitwillig die folgenden Eröffnungen: „Ich bin von Exeter gekommen, um hier Arbeit zu suchen. Ich konnte jedoch keine Beschäftigung finden und jetzt bedarf ich einer solchen auch nicht mehr. In dieser meiner Nothlage konnte ich naturgemäß nicht die Mittel aufbringen, um mich rasiren zu lassen. Es war mir dies aber ein dringendes Bedürfniß und so wandte ich mich denn vor ungefähr einem Monat in der Frühe an einen vorübergehenden Herrn mit der Bitte, mir auszuhelfen. Ich erzählte ihm — Sie sehen, die Noth ist die Mutter der Erfindung — genau dasselbe, was ich Ihnen erzählt habe und sofort gab er mir einen Quarter (1/4 Dollar) und wünschte mir guten Weg. Die Leichtigkeit, mit welcher ich diesen erwischte, trieb mich an, mein Glück weiter zu versuchen. Ich sprach ungefähr zwanzig Leute an und mehr als die Hälfte ging ins Garn und gab mir Geld, so daß ich mehr als 4 Dollars zusammenbrachte. Mein Erfolg als Bettler erstickte nunmehr in mir jeden Wunsch zu arbeiten. Ich sah, daß ich ein ergiebiges Feld gefunden hatte und ich begann, es auszubeuten. Die einzige Schattenseite ist die, daß ich 4 Tage lang unrasirt herumgehen muß. Während dieser 4 Tage jedoch erwerbe ich genug, um bequem eine Woche leben zu können. Ich lasse mir daher am 5. Tage den Bart abnehmen und lungere die 3 übrigen Tage der Woche müßig in der Stadt herum. O, dieser abschreckend rothe Bart ist meine Rettung, obgleich ich ihn lange Zeit als mein Verderben angesehen habe. Er trägt mir 20 Dollars und mehr in der Woche ein, ohne daß ich ein Kapital einzuzahlen hätte, abgesehen von dem, was ich für gute Kleidung anzulegen habe. Ich muß mich nämlich gut und geschmackvoll kleiden, um meine Geschichte glaubwürdig zu machen, Sie verstehen! Was, Sie wollen schon gehen? O, nicht doch! Sie haben mein Frühstück bezahlt, bleiben Sie nun, und trinken Sie eine Flasche und rauchen Sie eine Cigarre mit mir. Ich besitze schon ein kleines Surplus meines Rasirgeldes für diese Woche." — Die Einladung wurde angenommen und der Reporter mußte nachher gestehen, daß er selten eine anregendere Stunde erlebt hatte, als diese mit dem Manne, der von seinem Barte lebt.

---

† **Ein neues Reporterkunststück** wird aus Amerika gemeldet: „Der „New-York Herald" veranlaßte kürzlich die Einsperrung eines seiner Mitarbeiter in dem bekannten Ludlowstreet-Gefängnisse, damit er die dortigen übelberufenen Zustände kennen lerne und bespreche. Nach der nunmehr veröffentlichten Darstellung dieses Reporters herrscht unter den Beamten des Sheriffs von Newyork eine erstaunliche Verderbniß, so daß Jeder, der über bedeutende Summen verfügt, im Gefängnisse leben könne, wie er wolle, und hingehen, wohin er wünsche. So nahm der „Herald"-Reporter, von welchem die Beamten glaubten, daß er wegen Betruges eingesperrt war, eines Abends einen Deputy-Sheriff nach einem Theater mit, bewirthete ihn, gab ihm insbesondere viel zu trinken, erhielt selbst Bier im Gefängniß und für Zahlung von 40 Doll. die Erlaubniß, an einem Sonntag Nachmittag spazieren zu gehen. In dem Empfangsraume des Gefängnisses — so schließt der Bericht — werde sogar Hazard gespielt und noch dazu in der Nähe eines Fensters, in welches die Vorübergehenden sehen können. „Beim Spiel ist hier ein Gutes," sagte einer der Spieler, „daß die Polizei sich nicht hineinmischen kann."

---

daß sie auch unter veränderten Verhältnissen bleiben könnten. Nur steht nicht fest, daß sie es thun werden. Die Behauptung, daß das Gesammtministerium seine Entlassung gegeben habe, ist heute in dem Abgeordnetenhause mit großer Sicherheit aufgetreten, aber der anwesende Herr v. Goßler hat die Nachricht nicht bestätigt, ihr freilich auch nicht widersprochen. In Bundesrathskreisen erklärt man mit einer Offenheit, die seltsam wäre, wenn nicht so Vieles in diesen wirren Tagen den Eindruck der stärksten Seltsamkeit machen müßte, daß man über wichtige Einzelheiten der jüngsten Vorgänge vollkommen unorientirt sei. Zwar die großen und entscheidenden Gründe für den Rücktritt des Fürsten Bismarck sind klar genug, aber es muß daneben noch eine Reihe von Punkten gegeben haben, die den eigentlichen Anstoß zur Beschleunigung der Krise enthielten, und über die bisher nichts Zuverlässiges bekannt ist. Bald wird die Frage der Herausgabe des Welfenfonds als der Tropfen bezeichnet, der das Gefäß zum Ueberlaufen brachte, bald wird diese Rolle militärischen und namentlich kolonialpolitischen Fragen zugeschrieben. Fürst Bismarck soll es abgelehnt haben, weitgehende Forderungen zur Fortführung der Kolonialpolitik mit seinem Namen zu unterstützen; es wird berichtet, daß er wiederholt erklärt habe, er möchte den ganzen Kolonialbesitz am liebsten wieder aufgeben, und es wird darauf aufmerksam gemacht, daß er die Nichtbestätigung des Verkaufs von Süd-Westafrika erst jetzt, während der Krise, aussprach, obwohl die bezügliche Eingabe schon über dreiviertel Jahre in seiner Hand war. Ob diese Dinge zur Entscheidung unmittelbar geführt haben oder nicht, wird sich auch späterhin so leicht nicht feststellen lassen. Mitgewirkt haben sie jedenfalls, und viele Wenig haben auch hier ein Viel ausgemacht. Was die Frage der Nachfolgerschaft anlangt, so beharrt die politische Welt mit bemerkenswerther Zähigkeit bei dem Namen des Herrn v. Caprivi. Gerade daß dieser General bisher politisch niemals genannt wurde, giebt den Vermuthungen, die sich an seine Person knüpfen, den Anhalt der Glaubwürdigkeit. Erst jetzt wird bekannt, daß der Kaiser schon in der vorigen Woche lange Besprechungen mit Herrn von Caprivi gehabt hat, wovon der Hofbericht nichts zu melden wußte. Man darf freilich nicht unbeachtet lassen, daß die Gerüchte, die den General Caprivi als Nachfolger bezeichnen, aus der im Abgeordnetenhause schnell verbreitet gewesenen Nachricht vom Eintreffen des Generals in Berlin ihre wesentliche Nahrung zogen. Nun stellt sich aber heraus, daß der General nicht allein gekommen ist, sondern daß es sich um eine Konferenz des Kaisers mit sämmtlichen Korps-Kommandeuren handelt, eine Konferenz, der übrigens eine gewisse Wichtigkeit beigelegt wird, und die angeblich die bevorstehenden militärischen Gesetzentwürfe betrifft. Die Namen, die neben Herrn v. Caprivi genannt werden, läßt man besser auf sich beruhen. In einem Punkte aber herrscht Einmüthigkeit, nämlich darin, daß die Theilung der Befugnisse des Reichskanzlers unvermeidlich ist. Diese Theilung wird in Wirklichkeit auch dann eintreten, wenn sie vorläufig nicht die Form einer Verfassungsänderung annehmen sollte.

— Gestern Vormittag unternahm der Kaiser mit der Kaiserin eine gemeinsame Spazierfahrt, ließ sich darauf die regelmäßigen Vorträge halten und empfing den zum Direktor im Ministerium des Innern ernannten bisherigen Regierungspräsidenten in Lüneburg, Wirkl. Geh. Oberregierungsrath Lodemann, sowie den Wirkl. Geh. Rath Dr. jur. Horstmann und den Wirkl. Geheimen Rath v. Keudell, welch' letzterer die Orden des vor Kurzem verstorbenen Staatsministers v. Patow überreichte.

— Nach einer Meldung des „Hamb. Korresp." findet am Mittwoch, 8 Uhr Abends, beim Kaiser große Cour für eingeladene Landtagsabgeordnete statt. Von den Nationalliberalen ist der Abgeordnete Seyffardt, von den Freisinnigen der Abgeordnete Rickert geladen.

— Die Kaiserin wohnte vorgestern dem Konzert in der Singakademie bei.

— Ueber die Sommerpläne der Kaiserin Friedrich verlautet nunmehr, der „Köln. Ztg." zufolge, in bestimmter Weise, daß sich dieselbe im Monat-Mai nach Homburg begeben wird, wo sie den ganzen Sommer zu verweilen gedenkt. Eine Unterbrechung wird dieser Aufenthalt nur erfahren durch eine Reise nach Potsdam, wo die Kaiserin nebst den Prinzessinnen-Töchtern dem 150jährigen Regimentsjubiläum der Gardes du Corps beizuwohnen gedenkt. Dasselbe soll in glänzender Weise, u. A. auch durch ein Reiterfest, begangen werden und es besteht die Hoffnung, daß die Prinzessinnen-Töchter sich persönlich an einer Reiterquadrille betheiligen werden. Die Nachrichten über eine geplante Reise nach Griechenland entbehren jeglicher Unterlage und es steht fest, daß die Kaiserin Friedrich die Kronprinzessin von Griechenland in diesem Jahre in ihrer neuen Heimath nicht besuchen wird.

— Auf den Straßen der Reichshauptstadt wurden gestern Nachmittag Extrablätter verkauft, welche den Rücktritt des Fürsten Bismarck von seinen preußischen und Reichsämtern als bereits formell seitens des Kaisers genehmigt ankündigten. Selbstverständlich ist die Kanzlerkrisis so weit noch nicht gelangt. Da nach § 17 der Reichsverfassung alle Verordnungen und Verfügungen des Kaisers zu ihrer Giltigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers bedürfen, der dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt, so ist eine Lücke in der Besetzung des Reichskanzleramtes verfassungsmäßig unmöglich. Die offizielle Gewährung des Entlassungsgesuches kann also erst in dem Moment erfolgen, wo die Ernennung des Nachfolgers stattfindet, und über die Person dieses Nachfolgers giebt es bisher nur Vermuthungen.

— In einzelnen Blättern wird der Austritt des Abgeordneten Eugen Richter aus dem Vorstande der Landtagsfraktion der deutsch-freisinnigen Partei darauf zurückgeführt, daß die Geschäftsordnung der Fraktion jedem Mitgliede die Pflicht auferlege, hochpolitische Reden im Hause nicht anders zu halten als nach vorheriger Anmeldung dieser Absicht bei der Fraktion, es sei denn, daß von anderer Seite Anlaß zu einer Antwort gegeben sei. Gegen diese Bestimmung habe Herr Richter bei der Berathung über die Trennung der Bergabtheilung vom Handelsministerium verstoßen, worüber er in der Fraktion zur Rede gestellt worden sei. Demgegenüber schreibt die von Herrn Richter geleitete „Freis. Ztg.":

„Die Gründe für den Austritt sind bei dem Abgeord. Eugen Richter allerdings Meinungsverschiedenheiten gewesen, aber nicht über vorliegende sachliche Fragen, sondern über eine von der Landtagsfraktion beschlossene, bisher unbekannte Erweiterung des Fraktionszwangs, welche der Abg. Eugen Richter als nachtheilig für die Erfüllung der parlamentarischen Aufgaben der Partei erachtet. Bisher hat weder im Reichstag noch im Landtag ein Beschluß oder ein Gebrauch bestanden, daß, wenn zufällig über einen Gegenstand der Tagesordnung des Plenums eine Fraktionsberathung nicht stattgefunden hat, alsdann auch kein Mitglied zu dieser Sache für seine Person im Plenum das Wort ergreifen darf. Es ist auch nicht richtig, daß der Abgeordnete Eugen Richter in der Fraktion wegen Zuwiderhandlung gegen Fraktionsbestimmungen zur Rede gestellt worden sei. Die Fraktionssitzung, welche dem Fraktionszwang aus Anlaß der Rede des Abgeordneten Richter vom 7. März zur Vorlage der Ressortveränderungen im Ministerium eine erweiterte Auslegung gab, hat vielmehr stattgefunden in Abwesenheit des Abgeordneten Richter und ohne daß der Gegenstand auf die Tagesordnung der Fraktion gestellt war."

— Die Novelle zum Patentgesetz wird in dem Entwurf, den der Reichskanzler in den letzten Tagen dem Bundesrath vorgelegt hat, im „Reichsanzeiger" veröffentlicht. Das Vorprüfungsverfahren wird unangetastet beibehalten. Der Inhalt der Novelle läßt sich dahin zusammenfassen, daß sie das Prüfungsverfahren verbessern, den Fortbestand der einmal ertheilten Patente mit erhöhten Garantien umgeben und das Patentamt reorganisiren will. Im Patentamt werden die beiden Instanzen für die Anmeldung und Beschwerde völlig selbständig organisirt. Die erste Instanz wird nur mit Mitgliedern besetzt, welche dem Patentamt im Hauptamt angehören. In der zweiten Instanz wird die mündliche Behandlung als eine unter gewissen Voraussetzungen regelmäßiger Theil des Prüfungsverfahrens eingeführt. In Bezug auf den gesicherten Patentschutz bietet die Novelle Schutz gegen den Verfall der Patente in Folge einer Säumniß bei der Gebührenzahlung, indem sie einen Weg eröffnet, um die Säumigen noch vor dem Verfall auf die Gefahr amtlich aufmerksam zu machen. Sie bietet Schutz gegen frivole Nichtigkeitsangriffe, indem sie die Erhebung der Nichtigkeitsklage von einer Gebührenzahlung abhängig macht. Sie sucht die auf ein Patent gegründeten gewerblichen Unternehmungen sicher zu stellen, indem sie die Nichtigkeitsklage nicht mehr für die ganze Dauer, sondern nur für die ersten Jahre eines Patents als zulässig bezeichnet. Sie gewährt endlich dem Patentinhaber eine wirksamere Deckung gegen Eingriffe in die Patentrechte, indem auch solche Eingriffe, die aus grober Fahrlässigkeit hervorgehen, die Pflicht zur Entschädigung begründen sollen. — Ein Ausländer kann den Anspruch auf Ertheilung eines Patents und die Rechte aus dem Patent nicht geltend machen, wenn nach einer in dem Reichs-Gesetzblatt enthaltenen Bekanntmachung des Reichskanzlers die Reichsangehörigen hinsichtlich der Ertheilung von Patenten und der Rechte aus denselben in dem Staate, welchem der Ausländer angehört, ungünstiger behandelt werden, als Angehörige dritter Staaten.

— Bezüglich des Kontraktbruches ländlicher Arbeiter hat in der Justizkommission des Abgeordnetenhauses anläßlich der Petition einiger landwirthschaftlicher Kreisvereine der Kommissar des Justizministeriums eine Erklärung abgegeben, in welcher er ausführte, daß die Frage des Kontraktbruches ländlicher Arbeiter bereits Gegenstand eingehender Prüfung der Staatsregierung gewesen sei. Es sind im vergangenen Jahre umfassende Erhebungen über den Umfang erfolgt, den diese Uebelstände in Preußen erreicht haben. Auf Grund der eingegangenen Berichte haben die Minister für Landwirthschaft, des Innern und der Justiz Mittheilungen über ihre Auffassung der Bedürfnißfrage und über die geeignet erscheinenden Mittel und Maßnahmen zur Bekämpfung des Kontraktbruches vor Kurzem an das Staatsministerium gelangen lassen. Die Beschlußfassung des Staatsministeriums steht noch aus. Der Kommissar des landwirthschaftlichen Ministeriums schloß sich dieser Erklärung an.

Lokales.

Posen, den 19. März.

—u. **Die Forterhebung der Schlacht- und Wildpretsteuer in Posen** als Kommunalsteuer für die Zeit vom 1. April 1890 bis zum 1. April 1893 ist durch Reskript des Finanzministers und des Ministers des Innern genehmigt worden. Der Finanzminister genehmigt ferner, daß die Erhebung der Schlachtsteuer und der Wildpretsteuer bis zum 1. April 1893 durch Staatsbeamte unter den seitherigen Bedingungen, insbesondere unter Beibehaltung des von der Stadtgemeinde bisher gezahlten Verwaltungskosten-Pauschquantums von 14,70 Prozent des Bruttoertrages beider Kommunalsteuern erfolgt, jedoch mit dem Vorbehalte, daß im Falle der Vermehrung des zur Erhebung dieser Steuern erforderlichen Beamtenpersonals eine angemessene Erhöhung des fraglichen Pauschquantums einzutreten hat.

* **Meteorologisches.** Von dem Vertreter des nach Falbschen Grundsätzen geleiteten Instituts, dessen „meteorologische Wochenberichte" wir regelmäßig in unserer Zeitung zum Abdruck bringen, geht uns Folgendes zur Veröffentlichung zu: Der Frühlingstermin der Aequinoctialstürme ist nun da. Bereits am 5. d. M., dem Vorabende des März-Vollmondes, erschien der Vortrab derselben, Frankreich und Deutschland bis zum Schluß der vorletzten Woche mit Schnee überschüttend. Dieser in Norddeutschland nur mäßig aufgetretene Schneefall hat gleichwohl der städtischen Verwaltung zu Berlin einen Gesammt-Kostenaufwand von 68 848 M. für Schneefuhren verursacht. — In einer immerhin ähnlichen Weise wird zum Ostervollmond vom 5. April der Nachschub der Stürme heraufziehen. Das eigentliche Gros dürfte sich jedoch voraussichtlich unter großen Verheerungen zum Neumond vom 20. März einstelleu. Beim Aequinoctium vom 22. März tritt nämlich diesmal fast unmittelbar nach der am 18. März sich neigenden Erdnähe des Mondes der Aequatorstand der Sonne wie gewöhnlich, dazu aber auch der Neumond vom 20. und der Aequatorstand des Mondes am 21. d. M. ein. Dies vierfache Zusammentreffen bestimmt den Haupttermin für die Aequinoctialstürme und bildet die Ursache für den diesmal zu gewärtigenden hohen Grad ihres Auftretens. Wäre gleichzeitig noch eine Sonnenfinsterniß zu verzeichnen gewesen, so hätte dieses Ereigniß den meteorologischen Vorgang noch nachdrucksvoller gestaltet. — Das Wesen und die Bedeutung jener vier Fluthfaktoren findet man eingehend behandelt in dem kleinen, in A. Hartlebens Verlag (Wien und Leipzig) erschienenen Schriftchen „Wetterbriefe" von Rudolf Falb.

d. **„Aus dem Programm einer nicht fernen Zukunft."** Unter dieser Spitzmarke veröffentlicht der „Kuryer Poznański" an leitender Stelle einen längeren Artikel, in welchem er auf Gerüchte hinweist, die eine neue, von Oben herabkommende Strömung, eine neue Richtung auf der Bildfläche des gesellschaftlichen und politischen Lebens ankündigen. Einen Rückblick auf die nunmehr länger als 40 Jahre bestehende preußische Verfassung, auf die Zeit der Volksvertretung durch den preußischen Landtag werfend, weist das Blatt darauf hin, daß die polnische Politik im preußischen Antheil während dieser Zeit sich fast ausschließlich auf den Prote gestützt habe. Wenn inzwischen die polnische Fraktion den Weg des rücksichtslosen Protestes unter dem Einflusse von verschiedenen Umständen öfters verlassen habe, so sei die Idee dieses Protestes aus dem Volke jedoch nie geschwunden. Man gehe in den Protestansichten sogar so weit, die polnische Fraktion als ein Parlament im Parlament zu betrachten, und sei unwillig darüber gewesen, wenn die polnischen Abgeordneten an der allgemeinen Arbeit der gesetzgebenden Körperschaften Theil genommen haben. Nicht selten seien Stimmen laut geworden mit der Forderung, daß der einzige von den polnischen Abgeordneten einzuschlagende Weg der sein soll, bei Beginn einer jeden Session feierlich Protest gegen die bestehenden politischen Zustände einzulegen und alsdann sofort nach Hause zurückzukehren. Ein solches Verhalten würde zu Nichts führen. Die Polen sollten zu der Ueberzeugung kommen, daß, wenn man nichts weiter thue, als sich auf die Wiener Verträge zu berufen, man nichts erreiche. Im Weiteren schreibt das klerikale Blatt:

„Unsere gerechten Forderungen müssen allerdings auch in Zukunft den Hauptpunkt unserer parlamentartischen Thätigkeit bilden. Wenn wir aber diese Forderungen mit gleicher Beharrlichkeit und mit gleicher Energie wie bisher stellen wollen, müssen wir genau und gewissenhaft auch die hieraus resultirenden Pflichten auf uns nehmen, die Pflichten der Unterthanen desjenigen Landes, an welches uns die harte Nothwendigkeit gebunden hat. Hier muß man nicht allein mit Worten, sondern auch mit der That seinen Standpunkt bekunden; hier muß die ganze Gesellschaft, die vielleicht harte, aber nothwendige Pflicht begreifen und verstehen. Also nicht im Wege der Abstention und des Protestes, sondern in gemeinsamer Arbeit mit den Deutschen für das allgemeine Wohl des Landes, zum Schutz und zur Vertheidigung des Thrones vor Elementen, welche denselben zu erschüttern suchen, sollen die polnischen Abgeordneten in den gesetzgebenden Körperschaften thätig sein. Wenn dies auch bisher schon oft im Verhalten der polnischen Abgeordneten Brauch war, so muß das jetzt bei ihnen zur Regel werden, welche von der ganzen polnischen Gesellschaft anerkannt und sanktionirt werden muß. — Anstatt der bisherigen Protestpolitik ziemt es sich jetzt, dreist und offen die Zugehörigkeit zu Preußen zu bekunden. Anstatt der bisherigen Abstinenz ziemt es sich, fortan sich zu eifriger und gewissenhafter Arbeit anzuschicken, gleichviel ob dieselbe dem ganzen Staate oder dem heimathlichen Lande gilt, gleichviel, ob im Landtage oder im Provinziallandtage oder im Kreistage. Auf solches Fundament gestützt, können wir mit um so größerer Kraft und Würde verlangen, daß uns dieselbe Behandlung widerfahre, wie solche andern Staatsbürgern zu Theil wird, können wir fordern, daß die uns garantirten Rechte an uns geübt werden. Wir wollen uns hierbei keineswegs unserer Nationalität entsagen und die Zukunft nicht verkaufen, welche auf die Weise mehr als sonst in unserer Hand sein wird. Wir können alsdann mit fester Zuversicht dieser Zukunft entgegensehen und versichert sein, daß nach gemeinsamem Kampfe für die Früchte der westlichen Kultur ein Ausgleich sich finden wird für uns und das polnische Volk ohne Beeinträchtigung der Macht des Ansehens und der Größe Deutschlands."

Das sind verständige Rathschläge, ob sie aber allgemein befolgt werden, scheint nach der gegenwärtigen Lage der Dinge sehr zweifelhaft.

Aus der Provinz Posen
und den Nachbarprovinzen.

* **Lissa,** 17. März. [Prügelei. Verhaftung.] Gestern Nachmittag entstand in einem Schanklokal am Markte eine Prügelei zwischen mehreren Infanteristen und zwei Zivilpersonen. Eine von der Hauptwache herbeigeholte Patrouille machte dem Streit ein Ende, indem die beiden Zivilpersonen und ein Soldat verhaftet wurden. — Am Sonnabend Nachmittag kehrte der Tischlergeselle Grundmann aus Breslau, der sich auf der Wanderschaft befand, bei dem Tischlermeister K. hierselbst ein und sprach denselben um Arbeit an. Als er von diesem abschläglich beschieden wurde, beleidigte er denselben und verließ trotz mehrmaliger Aufforderung die Werkstatt nicht. Tischlermeister K. wollte nun den Gesellen aus der Werkstatt hinausführen. Dieser aber faßte ihn und zerriß ihm die Arbeitsjacke. Die schleunigst herbeigerufene Polizei machte, nach dem „L. T.", dem Vorfall ein Ende, indem der Geselle Grundmann verhaftet und dem Gefängniß überliefert wurde.

Vermischtes.

† **Sudermanns Schauspiel „Die Ehre"** hat nunmehr auch in Amerika seinen Siegeszug angetreten. Im Ambergtheater zu Newyork erzielte das Werk dieser Tage einen außerordentlichen Erfolg. Hier in Posen wird die interessante Novität in den ersten Tagen des April ihre Première erleben.

† **Wortspiel.** Im Jahre 1844 wurde der bekannte Aesthetiker Vischer wegen freimüthiger Aeußerungen vom Katheder herab auf zwei Jahre seines Amtes als Professor an der Tübinger Hochschule enthoben; zu gleicher Zeit aber wurde ihm sein erster und einziger Sohn geboren. Beides zeigte er seinen Zuhörern im Kolleg mit den Worten an: „Meine Herren, ich habe heute eine unwillkommene Muße und eine willkommene Unmuße, einen großen Wischer und einen kleinen Vischer erhalten."

Handel und Verkehr.

** **Berlin,** 18. März. Wochenübersicht der Reichsbank vom 15. März.

Aktiva.

1) Metallbestand (der Bestand an coursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund fein zu 1392 Mark berechnet	Mark	833 519 000	Zun.	7 273 000
2) Best. an Reichskassensch.	=	21 602 000	Zun.	697 000
3) do. Noten anderer Banken	=	10 445 000	Zun.	1 404 000
4) do. an Wechseln . . .	=	489 349 000	Zun.	7 495 000
5) do. an Lombardforderung.	=	73 902 000	Abn.	19 658 000
6) do. an Effekten	=	2 640 000	Zun.	394 000
7) do. an sonstigen Aktiven	=	41 645 000	Abn.	30 000

Passiva.

8) das Grundkapital	Mark	120 000 000	unverändert	
9) der Reservefonds	=	25 935 000	unverändert	
10) d. Betr. d. umlauf. Not.	=	892 008 000	Abn.	12 078 000
11) der sonst. tägl. fälligen Verbindlichkeiten . .	=	425 919 000	Zun.	9 605 000
12) die sonstigen Passiva .	=	1 622 000	Abn.	901 000

** **Berlin,** 18. März. [Konkurs-Nachrichten.] Der Konkurs ist eröffnet über das Vermögen des Manufaktur- und Kurzwaarenhändlers Max Greifenhagen, in Firma M. Greifenhagen, Chausseestraße 27. Konkursverwalter ist der Kaufmann Conradi, Weißenburgerstraße 65. Anmeldefrist bis 29. April. Termin 1. April d. J.

** **Posen,** 19. März. [Falsche Coupons.] Der „Reichsanzeiger" enthält folgende Bekanntmachung der Hauptverwaltung der Staatsschulden. Im Laufe der letzten Wochen sind an verschiedenen Orten einzelne falsche Zinsscheind von Schuldverschreibungen der konsolidirten vierprozentigen Staatsanleihe zum Vorschein gekommen, durch welche denjenigen Personen, die solche in Zahlung angenommen haben, Verluste entstanden sind. Wegen gerichtlicher Verfolgung der Verfertiger dieser Scheine ist das Erforderliche veranlaßt. Wir machen indeß noch besonders hiermit darauf aufmerksam, daß für falsche Zinsscheine in keinem Falle von uns Ersatz gewährt wird. Das Publikum kann sich vor Verlusten der erwähnten Art dadurch schützen, daß dasselbe die Annahme von Zinsscheinen bei Zahlungen ablehnt, da dieselben nicht dazu bestimmt sind, als Zahlungsmittel im Privatverkehr zu dienen. Die Zinsscheine haben lediglich den Zweck, von den dazu bestimmten Kassen eingelöst zu werden.

** **Schlesische Boden-Kredit-Aktien-Bank.** In der am 17. d. zu Breslau abgehaltenen 18. ordentlichen Generalversammlung, in welcher 17 Aktionäre mit einem stimmberechtigten Aktienkapital von 2 326 800 M. anwesend waren, wurde die vorgelegte Bilanz genehmigt, die Dividende für das Jahr 1889 auf 6 Prozent festgesetzt und der Verwaltung Decharge ertheilt.

** **Sächsische Bankgesellschaft.** In einer gestern abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrathes der Sächsischen Bankgesellschaft in Dresden erfolgte die Vorlegung der Bilanz pro 1889 und wurde beschlossen, der am 19. April a. c. stattfindenden Generalversammlung neben reichlichen Abschreibungen und Reservestellungen die Vertheilung von 6 pCt. Dividende vorzuschlagen.

** **Russischer gegenseitiger Bodenkredit-Verein.** Die Verwaltung theilt mit, daß im zweiten Halbjahr 1889 von den zur Versteigerung bestimmten Gütern nur 20 Güter zum Verkauf gelangten, während die Versteigerung der übrigen Güter nach Bezahlung aller Rückstände unterblieb. Die Darlehen auf die zur Versteigerung gelangten 20 Güter betrugen 632 268 Rubel, während die erzielten Summen sich auf 772 613 Rubel stellten, so daß noch 130 345 Rubel übrig blieben.

** **Bankgründung in Petersburg.** Dem Bankhause M. Ephrussi u. Co. ist die Konzession zur Gründung eines Bankinstituts ertheilt worden, das hauptsächlich mit französischem Kapital gebildet und auch in erster Linie die finanziellen Beziehungen mit Frankreich pflegen soll.

** **Mailand,** 18. März. Die Erbauer der Nationalgallerie in Turin Callerie und Mossotto haben die Zahlungen eingestellt. Die Passiven betragen 4 1/10 Millionen, denen angeblich höhere Aktiven, hauptsächlich in Immobilien gegenüber stehen sollen.

** **Petersburg,** 19. März. [Privat-Telegramm der „Pos. Ztg."] Auf der Newa hat der Eisgang begonnen und ist die Wiedereröffnung der Schifffahrt bald bevorstehend.

(Nachdruck verboten.)

-n- **Warschau,** 18. März. (Original-Wollbericht.) Nachdem der Wollhandel am hiesigen Platz seit Anfang dieses Jahres einen recht schleppenden Verlauf und sehr geringe Umsätze zu verzeichnen hatte, war derselbe während der beiden letzten Wochen etwas belebter und kamen einige größere Verkäufe zu Stande. Wir wollen jedoch nicht unerwähnt lassen, daß die jetzigen Preise mindestens einen Preisabschlag von 3 bis 5 Thaler polnisch pro Zentner gegen letzten Wollmarkt aufweisen. Von den besseren Dominialwollen entnahm ein Tomaszower Fabrikant ca. 350 Ztr. à 80 Thaler, ferner ein Zgierzer und Lodzer Fabrikant mehrere Hundert Zentner feinere Tuchwolle à 90—93 Thaler polnisch pro Zentner. Von lithauischer Wolle kaufte ein Berliner Händler ca. 500 Stein à 5 Rubel pro Stein; auch von russischer Peregon-Wolle erwarb eine Bialystoker Firma ca. 500 Pud zu 2 Rubel unter letzte Wollmarktspreise. Nach den erwähnten Verkäufen beträgt das hiesige Lager noch ca. 12 000 Pud gegen 8000 Pud im Vorjahr. Das Kontraktgeschäft bleibt äußerst still. Produzenten beharren auf hohe Forderungen, während Händler und Fabrikanten, die im Allgemeinen wenig Unternehmungsluft zeigen, erheblich billigere Gebote machen.

** **Leipzig,** 18. März. [Wollbericht.] Kammzug-Terminhandel. La Plata. Grundmuster B. per März 4,95 M., per April 4,95, per Mai 4,95, per Juni 4,95, per Juli 4,95, per August 4,95, per September 4,92 1/2, per Oktober 4,92 1/2, per November 4,92 1/2, per Dezember 4,92 1/2. — Umsatz 35 000 Kilogramm. Flau.

** **Leipzig,** 18. März. Die während der bevorstehenden Ostermesse in den Räumen der Leipziger Börsenhalle abzuhaltende Garnbörse wird Freitag, den 18. April ihren Anfang nehmen.

Vom Wochenmarkt.

s. **Posen,** 19. März.

Des katholischen Feiertages wegen war die gesammte Zufuhr schwach. Der Zentner Roggen 8 M. Weizen 8,50 bis 9 M. Gerste 8 bis 8,25 M. Hafer 8 M. Blaue Lupinen bis 8 M., gelbe 8—8,25 M. Seradella 18—19 M. Geschäft rege. Das Schock Stroh 35—36 M., einzelne Bunde 65—70 Pf. Der Zentner Heu 2,50—2,60 M., einzelne Bunde 25—30 Pfg. Kartoffelzufuhr schwach, der Zentner 1,30—1,40 Mark. Der Zentner Wrucken bis 1,20 M., wenig beachtet. Geflügel viel angeboten. Ein Puthahn 6 bis 11 M. Eine Puthenne bis 5,50 M. Ein Paar Hühner 2,50—3,50 M. Gänse von 3,75—9 M. Ein Paar Enten 3 bis 3,75 M. Eier, die Mandel 65 Pfennige. Das Pfund Tischbutter 1—1,10 M. Koch- und Backbutter 85—90 Pf. Grünzeug reichlich. Der Auftrieb auf dem Viehmarkte in Fettschweinen, der Zahl nach reichlich, in Qualität den Anforderungen nicht entsprechend. Der Zentner Lebend-Gewicht 44 bis 46 M. Kälber, in Qualität nur leichte und mittelschwere, das Pfund Lebend-Gewicht bis 28 Pf. Fette Hammel, das Pfund Lebend-Gewicht 22—23 Pfennige. Rinder (Schlachtvieh) leicht und mittelschwer, im Preise von 20 bis 26 Mark pro Zentner Lebend-Gewicht. Der Fischmarkt hatte ein knappes Angebot, die Auswahl dagegen ziemlich befriedigend. Das Pfund Hechte 65 Pfennige, Karpfen bis 80 Pfennige, Barsche 55 bis 60 Pfennige, Schleie 80 Pf., Welse 55—60 Pf., Bleie bis 40 Pf., Zander 55—60 Pf. Die Mandel grüne Heringe 20—25 Pf. Kleine frischabgestorbene Weißfische, die Mandel 40 bis 45 Pf. Der Markt war ziemlich gut besucht, das Geschäft lebhaft. Das Angebot auf dem Sapiehaplatze war nicht von bedeutendem Umfange. Das Geschäft dagegen lebhaft. Ein Puthahn 6—12 M. Eine Puthenne 4—5,75 M. Eine Gans 4—9,50 M. Geschlachtete Fettgänse, pro Pfund 65 bis 70 Pfennige. Ein Paar Hühner 2,75—3,75 M. Ein Paar Enten bis 4 M. Kapaunen, das Paar 3,75—4,50 M. Perlhühner das Paar 3,75—4,50 M. Ein Paar junge Tauben, 65 bis 80 Pf. Ein Paar Feldtauben 90 Pf. bis 1,10 M. Eier, die Mandel 65 Pf. Das Pfund Tischbutter 1—1,10 M. Kochbutter von 85 bis 90 Pf. Von jungem Grünzeug, Radieschen, in kleinen Bunden zu 5—8 Pf. Schnittlauch, das Bund 5 Pfennige.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 19. März. Wie die „National-Zeitung" schreibt, soll das Entlassungsgesuch des Reichskanzlers ganz kurz und nur durch das körperliche Befinden desselben infolge hohen Alters begründet sein. Gestern Nachmittag war dasselbe noch nicht genehmigt. Die Annahme sei jedoch unbezweifelt. Es heißt, der „Reichsanzeiger" veröffentliche heute die Annahme. An Abänderung der Regierungs-Einrichtungen des Reiches werde nicht gedacht, also wird wieder ein Reichskanzler ernannt. Die Persönlichkeit, auf welche der Kaiser in erster Linie die Wahl gelenkt habe, soll sich über die Annahme noch nicht erklärt haben. Die Einladungen der Kongreßmitglieder Seitens des Fürsten Bismarck erfolgen anscheinend länderweise. Nachdem die Englischen bereits geladen gewesen, folgen morgen die Französischen. Vielfach wird bemerkt, daß der Reichskanzler gestern gleich bei seinem Eintritt Jules Simon herzlichst begrüßte und eine längere Konversation mit demselben pflog.

Spandau, 19. März. Den Arbeitern der Artillerie-Werkstatt ist gestern Nachmittag durch Anschlag bekannt gegeben, daß sie zehn Arbeiter wählen sollen, welche mit dem stellvertretenden Direktor, Major Becker, wegen Regelung der Arbeitszeit sowie Einführung der gegenseitigen Kündigung unterhandelt sollen.

Wien, 19. März. Der „Politischen Korrespondenz" zufolge ist der Prinz Ferdinand in Begleitung Grenauds und des Majors Markoff in Burgas eingetroffen und hat die Bahnarbeiten an der Strecke Burgas-Jamboli besichtigt. Der Prinz reist in Zivilkleidung. Ueberall wurden ihm Ovationen dargebracht.

London, 19. März. Die meisten Morgenblätter betrachten den Rücktritt des Fürsten Bismarck als vollendete Thatsache und sprechen sich über die Bedeutung des großen Mannes auf das Sympathischste aus. Die „Times" und der „Standard" preisen insonders die ungeheueren Verdienste des Fürsten um die Erhaltung des europäischen Friedens. Die „Morningpost" meint, in der auswärtigen Politik werde der Einfluß des Fürsten noch lange nach seinem etwaigen Rücktritt verspürt werden.

Petersburg, 19. März. Das „Journal de St. Pétersbourg" enthält sich vorläufig noch jedes Kommentars über den Rücktritt des Fürsten Bismarck, bis die Nachricht offiziell sei, weist aber auf die Dienste ohne gleichen hin, die der Fürst dem Vaterlande geleistet habe.

Paris, 19. März. Die Zeitungen nehmen, die Ministererklärung besprechend, ziemlich den gleichen Standpunkt wie bei Zusammensetzung des Kabinets ein. „Le Journal des Debats" ist unbefriedigt und findet das Programm darauf berechnet, jedem etwas zu bieten; es mißbilligt insbesondere die Rede Freycinets und die Aeußerungen über das Militärgesetz und die Schulgesetze. Es lobt dagegen die Rede Says als eine würdige Kundgebung gemäßigter Ansichten. Der „Figaro" meint, nach der Erklärung zeige sich das Ministerium als ein solches der Ohnmacht, dessen gemäßigte Mitglieder durch die Radikalen erdrückt würden. Die übrigen monarchistischen und radikalen Organe tadeln die verschwommene Fassung der Ministererklärung.

London, 19. März. Die „Times" meldet aus Zanzibar unterm 18. März: Der Sultan sandte mit Zustimmung der deutschen Behörden zwei Bevollmächtigte ab, welche den Frieden auf dem Festlande zwischen Arabern und Deutschen im Süden und in Dar-es-Salaam herstellen sollen. Emin Pascha begab sich heute nach Bagamoyo zurück.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 18. März Mittags 2,54 Meter.
" " 19. " Morgens 2,60 "
" " 19. " Mittags 2,60 "

Börse zu Posen.

Posen, 19. März. [Amtlicher Börsenbericht.]
Spiritus. Gekündigt —,— L. Regulirungspreis (50er) 53.—, (70er) 33,30. (Loko ohne Faß) (50er) 53,—, (70er) 33,30. August (50er) —,—, (70er) —,—.
Posen, 19. März. [Börsenbericht.]
Spiritus fest. (Loko ohne Faß) (50er) 53,—, (70er) 33,40. August (50er) 54,40, (70er) 34,80.

Amtlicher Marktbericht der Marktkommission in der Stadt Posen

vom 19. März 1890.

Gegenstand.			gute W. M.	gute W. Pf.	mittel W. M.	mittel W. Pf.	gering. W. M.	gering. W. Pf.	Mitte. M.	Mitte. Pf.
Weizen	höchster	pro 100 Kilogramm	—	—	18	20	17	60	17	78
	niedrigster		—	—	18	—	17	30		
Roggen	höchster		—	—	16	20	15	90	15	98
	niedrigster		—	—	16	—	15	80		
Gerste	höchster		—	—	15	80	14	70	15	03
	niedrigster		—	—	15	30	14	30		
Hafer	höchster		—	—	16	20	15	20	15	43
	niedrigster		—	—	15	80	14	50		

Andere Artikel.

		höchst. M.	Pf.	niedr. M.	Pf.	Mitte. M.	Pf.
Stroh	pro 100 Kilo						
Richt-		6	50	6	—	6	25
Krumm-		—	—	—	—	—	—
Heu		5	50	5	25	5	38
Erbsen		—	—	—	—	—	—
Linsen		—	—	—	—	—	—
Bohnen		—	—	—	—	—	—
Kartoffeln		3	20	2	40	2	80
Rindfl. v. d. Keule v. 1 kg		1	40	1	20	1	30

		höchst. M.	Pf.	niedr. M.	Pf.	Mitte M.	Pf
Bauchfl.	pro 1 Kilo	1	20	1	—	1	10
Schweinefleisch		1	40	1	20	1	30
Kalbfleisch		1	20	1	10	1	15
Hammelfl.		1	20	1	10	1	15
Speck		1	80	1	60	1	70
Butter		2	40	1	80	2	10
Rind. Nierentalg		1	—	—	80	—	90
Eier pr. Schck.		2	60	2	50	2	55

Marktbericht der Kaufmännischen Vereinigung.

Posen, den 19. März.

Pro 100 Kilogramm.

	feine W. M.	Pf.	mittl. W. M.	Pf.	ord. W. M.	Pf.
Weizen . .	19	—	18	40	17	—
Roggen . .	16	40	16	20	15	90
Gerste . . .	17	30	15	—	13	—
Hafer . . .	16	30	15	70	15	30
Kartoffeln .	2	80	2	20	—	—
Lupinen gelbe	15	30	14	50	—	—
Lupinen blaue	15	70	14	50	—	—

Die Marktkommission.

Börsen-Telegramme.

Berlin, 19. März. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.)

		Not. v. 18.
Weizen flau		
pr. April-Mai	195 25	196 50
" Juni-Juli	195 25	196 50
Roggen flau		
" April-Mai	171 50	172 —
" Juni-Juli	168 —	169 —
Rüböl ermattend		
pr. April-Mai	69 80	69 50
" Septbr.-Oktobr.	58 30	57 90
Hafer		
pr. April-Mai	164 50	164 75

		Not. v. 18.
Spiritus ermattend		
70er loko o. Faß	34 70	34 50
70er April-Mai	34 20	34 30
70er Juni-Juli	34 80	34 80
70er Aug.-Septbr.	35 60	35 60
50er loko o. Faß	54 20	54 10

Kündigung in **Roggen** — Wspl.
Kündigung in **Spiritus** (70er) —,000 Liter, (50er) —,000 Liter.

Spiritus. (Nach amtlichen Notirungen.)

		Not. v. 18.
do. 70er loko	34 60	34 50
do. 70er April-Mai .	34 30	34 20
do. 70er Juni-Juli .	34 80	34 80
do. 70er Juli-August .	35 30	35 50
do. 70er Aug.-Septbr.	35 60	35 60
do. 50er loko	54 20	54 10

		Not. v. 18.
Konsolidirte 4% Anl.	105 30	106 —
" 3½% "	101 10	101 40
Pos. 4% Pfandbriefe	101 80	101 80
Pos. 3½% Pfandbr.	99 —	99 30
Pos. Rentenbriefe	103 50	— —
Oestr. Banknoten	170 60	170 65
Oestr. Silberrente	74 40	74 90
Russ. Banknoten	219 75	221 10
Russ 4½% BdkrPfdbr	98 75	98 75

		Not. v. 18.
Poln. 5% Pfandbr.	65 75	66 —
Poln. Liquid.-Pfdbr	60 90	— —
Ungar. 4% Goldrente	85 50	86 90
Ungar. 5% Papierr.	82 60	83 75
Oestr. Kred.-Akt. (ultimo)	167 —	169 50
Oest. fr. Staatsb. (ultimo)	93 50	93 90
Lombarden (ultimo)	52 50	54 —
Fondstimmung schwach		

Ostpr. Südb. E. S. A	87 50	88 50
Mainz Ludwighfdto	121 75	122 30
Marienb. Mlaw dto	57 75	58 —
Italienische Rente	91 25	92 —
Russ 4% kons Anl 1880	93 40	94 25
dto. zw. Orient. Anl.	67 75	68 30
dto. Präm.-Anl 1866	151 25	153 10
Rum. 6% Anl. 1880	103 50	103 60
Türk. 1% konf. Anl.	18 10	18 30
Pos. Provinz. B. A.	114 —	114 25
Landwrthschft. B. A.	— —	— —
Pos. Spritfabr. B. A	75 —	— —
Gruson Werke	155 —	159 50

Schwarzkopf	233 —	233 —
Königs- u. Laurah.	146 25	146 80
Dortm. St. Pr. La. A.	93 75	95 —
Inowrazl. Steinsalz	46 90	47 75
Ultimo:		
Dux-Bodenb. EisbA	208 —	211 —
Elbethalbahn " "	95 10	96 75
Galizier " "	82 40	83 —
Schweizer Ctr. " "	148 10	148 40
Berl. Handelsgesell.	170 25	172 75
Deutsche B. Akt.	168 —	168 —
Diskonto Kommand.	228 75	231 10
Russ. B. f. ausw. H.	72 50	73 —

Nachbörse: Staatsbahn 93 50, Kredit 166 75, Diskonto-Kom. 228 25

Stettin, 19. März. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.)

		Not. v. 18.
Weizen fester		
April-Mai	189 —	188 50
Juni-Juli	191 —	191 —
Roggen fester		
April-Mai	167 —	166 50
Juni-Juli	166 —	165 50
Rüböl ruhig		
März	69 50	69 —
April-Mai	68 —	68 —

		Not. v. 18.
Spiritus fest		
per loko 50 M. Abg.	54 —	53 80
" " 70 " "	34 40	34 30
" April-Mai 70 M.	34 50	34 20
" Aug.-Septbr. "	35 50	35 30
Petroleum*)		
do. per loko	11 90	11 90
Hafer		
do. per loko		

*) **Petroleum** loco versteuert Usance 1¼ pCt.

Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen werden im Morgenblatte wiederholt.

Wetterbericht vom 18. März, Morgens 8 Uhr.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv reduz. in mm.	Wind.		Wetter.	Temp i. Celf. Grad.
Mullaghmor.	743	OSO	5	halb bedeckt	3
Aberdeen .	749	SSO	2	halb bedeckt	5
Christiansund	748	SSW	2	halb bedeckt	7
Kopenhagen	750	ONO	1	Nebel	4
Stockholm.	757	SO	4	bedeckt	2
Haparanda	764	SO	4	bedeckt	0
Petersburg	766	OSO	2	bedeckt	1
Moskau .	768	OSO	1	heiter	— 2
Cork Queenst.	742	S	5	wolkig	7
Cherbourg	749	SO	2	bedeckt	9
Helder . .	751	ONO	1	wolkenlos	4
Sylt. . .	751	N	2	halb bedeckt	4
Hamburg .	752	NW	1	bedeckt [1])	5
Swinemünde	750	SSO	3	wolkig	6
Neufahrwass.	754	SO	2	Nebel	3
Memel . .	757	SSO	4	bedeckt	2
Paris . .	747	NNO	2	wolkig	2
Münster .	750	NNO	1	bedeckt	5
Karlsruhe .	749	NO	2	bedeckt	6
Wiesbaden	749	NNO	1	bedeckt [2])	8
München .	749	O	3	Nebel	4
Chemnitz .	750	NO	2	wolkig	7
Berlin . .	750	NW	3	Nebel	7
Wien . .	752	O	2	heiter	6
Breslau .	752	SSO	3	heiter	6
Ile d'Aix .	747	O	1	wolkig	4
Nizza . .	748	ONO	4	bedeckt	5
Triest . .	—				

[1]) Abends und Nachts Regen. [2]) Gestern und Nachts anhaltender Regen.

Skala für die Windstärke.

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Eine flache Depression, umgeben von schwacher Luftbewegung, liegt über dem unteren Odergebiete und scheint nordwärts fortzuschreiten; eine andere flache Depression liegt mitten über Frankreich. In Centraleuropa ist das Wetter ruhig, mild, vorwiegend trübe und vielfach neblig; stellenweise ist Regen gefallen, am meisten, 15 mm, zu Wiesbaden.

Deutsche Seewarte.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker & Comp. (A. Röstel) in Posen.